**Bezugs-Preis**
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 2.40, bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus vierteljährlich ℳ 3.—. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

**Redaktion und Expedition:**
Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173.

**Berliner Redaktions-Bureau:**
Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 83.
Telephon I, Nr. 9275.

**Morgen-Ausgabe.**

# Leipziger Tageblatt
und
## Handelszeitung.

**Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.**

**Anzeigen-Preis**
die 6gespaltene Petitzeile für Leipzig und Umgebung 25 Pf., Familien-, Wohnungs- u. Stellen-Anzeigen, sowie An- u. Verkäufe 20 Pf. (Händler und Vermittler 25 Pf.), für auswärts 30 Pfg.
Finanzielle Anzeigen u. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle nach besonderem Tarif.
Reklamen 75 Pf., auswärts 1 Mk.
Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen und Extrabeilagen nur in der **Morgen-Ausgabe**
Schluß der Annahme nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen-Annahme:
**Augustusplatz 8, Ecke Johannisgasse.**

**Haupt-Filiale Berlin:**
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg.,
Lützowstraße 10
(Telephon VI, Nr. 4603).
**Filial-Expedition: Dresden,** Marienstr. 34.

Nr. 387. **Donnerstag** 2. August 1906. **100. Jahrgang.**

## Das Wichtigste vom Tage.

* Die „Nordd. Allg. Ztg." bestätigt den englischen Königsbesuch. (S. Dtschs. R.)

* Das erste deutsche Unterseeboot wird heute auf der Germaniawerft in Kiel zu Wasser gelassen. Das Reichsmarineamt läßt Anfang September die Probefahrten beginnen, die ausschließlich von Vertretern des Reichsmarineamtes geleitet werden.

* Die Textilarbeiter von Glauchau-Meerane haben eingewilligt, die Lohnstreitigkeit der Neuner-Kommission zu unterbreiten. Damit dürfte der Arbeitsfriede gesichert sein. (S. Dtschs. R.)

* Das englische Mittelmeergeschwader wird Mitte August im Adriatischen Meer eintreffen und alle größeren österreichischen und italienischen Häfen besuchen.

* Der russische Ministerpräsident Stolypin versicherte, daß im Herbst, am Jahrestage der Publikation des Verfassungsmanifestes, eine umfassende Amnestie für politische Vergehen erfolgen werde.

* Der Botschafter der Vereinigten Staaten in Mexiko, Thompson, erklärt die Meldungen amerikanischer Blätter als unrichtig, nach denen in Mexiko ein gegen die Amerikaner gerichteter Aufstand für den 16. September geplant sei.

* In der gestern abend in Leipzig im Restaurant „Sanssouci" abgehaltenen Versammlung der sozialdemokratischen Partei ist beschlossen worden, den Genuß des Bieres derjenigen Brauereien, die den Bierpreis erhöht haben, einzustellen. (S. Letzte Lokalnachr.)

## Auf den Weg nach Goslar.

Der nationalliberale Reichstagskandidat für Hagen, Professor F. Moldenhauer, ein Politiker Bassermannscher Färbung, hat in der „Kölnischen Zeitung" einen „Rückblick auf die Wahl in Hagen-Schwelm" gerichtet und „Lehren aus ihr" gezogen. Was in diesem sehr eingehenden Artikel an Urteilen und Ansichten parteipolitischen Charakters niedergelegt ist, hat uns außerordentlich befriedigt. Wieder einmal ein Zeugnis, wie vortrefflich sich stramm liberale Gesinnung mit nationalem Denken paaren kann. Die lokalpolitischen Erörterungen können hier außer Betracht bleiben, obwohl auch sie wegen ihrer Offenheit schätzenswert sind. Aber größere Bedeutung haben doch die Untersuchungen allgemeiner Natur, speziell die Antwort auf die Frage: Wie hat die Haltung der nationalliberalen Reichstagsfraktion in der Steuergesetzgebung der letzten Monate bei den Wählern gewirkt? Wir zitieren hier nochmals einige prägnante Sätze des Artikels über dieses Thema:

„Und hier darf und kann ich nicht anders sagen, als daß das Verhalten der nationalliberalen Fraktionen in der Schulunterhaltungsgesetzfrage und in der Finanzreform den Hauptanteil an der Niederlage in Hagen-Schwelm trägt. Es ist hier nicht der Ort, zu entscheiden, ob dies Verhalten richtig war oder nicht, aber die Tatsache ist nicht wegzuleugnen. Von Anfang der Versammlungen an mit sich steigernder Heftigkeit, als erst die Gegner ihre treffliche Position völlig auszunutzen begannen, ist der Vorwurf erhoben worden, die nationalliberale Partei sei ja nur Regierungspartei und wage überhaupt keine Opposition mehr zu machen, und dieser Vorwurf kam nicht nur von den Gegnern, die ihn gegen die ganze Partei erhoben, sondern auch aus unseren Reihen, die sich gegen die Fraktionen wandten. Alle Versuche, in klaren, überzeugenden Auseinandersetzungen zu beweisen, daß die staatlichen Verhältnisse zu der Kompromißpolitik führen mußten, und daß ja an der Finanzreform nicht nur die nationalliberalen Abgeordneten, sondern auch das Zentrum beteiligt gewesen sei, waren vergeblich bei dem Mißmut und der Unzufriedenheit, die sich der Massen bemächtigt hatte. . . Ich hoffe ja zuversichtlich, daß nun in der Zeit bis 1908 diese von den Gegnern über das Maß gesteigerte Erregung einer ruhigeren Erwägung und dann auch einer gerechteren Beurteilung unserer Fraktionen weichen wird, aber es ist unsere Pflicht, den Dingen wie sie sind, offen ins Auge zu sehen und hier nichts zu verschönern. Der Heißhunger nach einer entschiedeneren liberalen Politik, wie er in Eisenach gekennzeichnet wurde, ist nicht gestillt und wird immer stärker werden. Mögen zu richtiger Zeit die rechten Mittel dazu angewandt werden, ehe es zu spät wird."

Ausgezeichnet! Aber nun müssen wir ein Geständnis machen. Als wir so weit gelesen hatten, waren wir sehr gespannt auf die angekündigten Lehren, auf die praktischen Nutzanwendungen. Und mußten finden, daß der doch offensichtlich gut liberale Autor die sich aufdrängenden Konsequenzen nicht gezogen hat. Empfehlung des Ausbaus der Organisation und folgender Schlußsatz: „Der ideale Inhalt des nationalliberalen Parteiprogramms allein genügt nicht, um die Massen fortzureißen, nüchterne Arbeit und unermüdliche Aufklärung zum Verständnis dieser Ideale kann allein unserer Partei die ihr gebührende Stellung in den Parlamenten erhalten und verstärken." Das ist alles, was wir entdecken konnten. Zu unserem großen Bedauern. Denn der Mann, der so treffliche Worte der Wahrheit über die Stimmung der Wähler sagen konnte, hätte uns sicher auch manches Treffliche zu sagen gewußt über das, was uns not tut. Nun ist vielleicht einzuwenden, daß Herr Moldenhauer absichtlich auf diese Seite der Angelegenheit nicht näher eingegangen ist, daß aber wohl anzunehmen ist, er befürworte eine schärfere Betonung des liberalen Moments in der Parteipolitik. Das ist möglich, aber wir wissen es nicht. Und jedenfalls hat es Herr Moldenhauer nicht gesagt. Darauf aber, auf das Aussprechen, kommt es in solchen Fällen an. Wie recht wir damit haben, beweist eine Besprechung des Moldenhauerschen Artikels in der „National-Zeitung". Das Blatt ist durchaus einverstanden mit dem Artikel, den es sehr rühmt. Es nimmt das Bassermannsche Wort von dem „Heißhunger nach einer starken liberalen Partei" ebenfalls auf und ist überhaupt, im Prinzip verstehe sich, so liberal, wie nur irgend möglich und wünschenswert. Aber was will nun das Blatt für Schlüsse gezogen wissen? Was soll geschehen, damit es besser werde? Hier die Antwort: Nachdem erklärt worden ist, es sei einer großen Partei unwürdig, reine Mandatspolitik zu treiben, heißt es:

„Eine Tatsache jedenfalls, mit der die Nationalliberalen in der künftigen politischen Werbearbeit in erster Linie zu rechnen haben, ist die, daß eine Partei, die notwendige, aber unbeliebte Gesetze hat durchbringen helfen, den die niedrigen Leidenschaften des Volkes aufreizenden Gegnern schwer zu entwindende Handhaben gibt. Hier muß unverzüglich eine rührige Agitation und planmäßige Aufklärungsarbeit im ganzen Reiche einsetzen."

Folgt eine längere Abhandlung vom Segen der Organisation. Also Aufklärungsarbeit über das Verhalten der nationalliberalen Fraktion bei der Steuergesetzgebung soll geleistet werden. Wir fürchten freilich, wenn die Wähler genau wüßten, wie es zugegangen ist, und mit welcher Lust manche Leute diese illiberalen Gesetze gemacht haben, dann würden sie noch bedenklicher werden. Aber wir führen das Berliner Blatt hier nur zum Beweise dafür an, daß man den Moldenhauerschen Ausführungen sehr wohl zustimmen und doch von liberalen Nutzanwendungen weit entfernt sein kann. Wenn Herr Professor Moldenhauer die Gedanken, die er nach seinem Artikel haben muß, zu Ende gedacht, wenn er neben die liberale Kritik, auch ebenso liberale positive Vorschläge gesetzt hätte, wäre sein Tun noch wesentlich ersprießlicher. Dann gäbe es wahrscheinlich nicht so viel „prinzipielle Zustimmung", dafür aber eine klare Situation, die schon mit Rücksicht auf die Oktobertage von Goslar herbeigeführt werden muß.

Also versuchen wir, da fortzufahren, wo Herr Moldenhauer, leider, aufgehört hat: Die schlimmen Parteierfahrungen bei den letzten Reichstagsersatzwahlen sind auf die starke Abneigung der Wählermassen gegen die illiberale Gesetzgebung der letzten Zeit und gegen die Stellung der Partei zu diesen Gesetzen zurückzuführen. Wenn die Partei bis 1908 das Vertrauen der Wähler wiedergewinnen will, so hat sie sich gründlich zu liberalisieren, so hat sie den schon 1902 in Erfurt konstatierten Heißhunger nach einer starken liberalen Partei zu stillen: Wir wissen im voraus, was die bekannten Kompromißgräte hier entgegnen werden: Mandatsrücksichten haben vor den Bedürfnissen des Staates zu weichen. In pathetischer Stunde kann man auch sagen: Ueber der Partei das Vaterland! Hierzu möchten wir uns nun auch einmal prinzipiell äußern. Mit diesen Redensarten ist in den letzten Monaten ein gräulicher Unfug getrieben worden. Mit ihnen kann man so ziemlich alles rechtfertigen, auch das reaktionärste Gesetz. Die Eisenbahnfahrkartensteuer, die Portoerhöhung, die neuen Stempel, alles wurde mit dem Vaterland entschuldigt, das über die Partei zu stellen ist. Wir bestreiten aber, daß vaterländische Interessen immer mit Steuergesetzen zusammenfallen. Wie kann man sich überhaupt ehrlich zu einer Partei bekennen, wenn nicht in der festen Ueberzeugung, daß mit ihren Tendenzen dem Vaterland am besten gedient ist? Das nächste ist doch also, mit allen Kräften den eigenen Idealen Gestalt und Inhalt zu geben. Treten dann wirkliche Konflikte mit dem Staatswohl ein, mag man immerhin prüfen, wie weit man nachgeben kann. Aber nie und nimmer darf dies Nachgeben bis zum Verleugnen von liberalen oder nationalen Grundsätzen gehen. Damit untergräbt man den eigenen Standpunkt, liefert den Gegnern Waffen und macht sich zum politischen Gespött. Und wer bei jeder Gelegenheit schon von vornherein erklärt, er sei bereit, aus höheren Rücksichten seine Ueberzeugung zu opfern, wird gar nicht mehr ernst genommen. Eine liberale Partei, die für Verkehrssteuern stimmt, ja die eine Portoerhöhung ohne Not aus ihren eigenen Reihen anregen und verteidigen läßt, hat sich schon weit vergessen und hat das Vertrauen der Wähler erst wieder zu erobern. In dieser jüngsten Vergangenheit der Partei liegt auch der Grund, weshalb ein solches praktisches Werben um die Stimmen der Wähler keine Erniedrigung und keine Selbstverleugnung ist. Vielmehr liegt die Sache so: Die wahre liberale Gesinnung war in dieser Zeit nicht bei der Fraktion, sondern bei den Wählern. Deshalb heißt ein Bekehren zu den Ansichten und Forderungen der Wähler nichts anderes, als ein Wiederbesinnen auf den Grundzug des eigenen Wesens. Bis 1908 hat die Partei, hat insbesondere die Reichstagsfraktion zu zeigen, daß sie frühere Sünden nicht wiederholen, daß sie vielmehr gutmachen will. Eine Gelegenheit dazu auf sozialem Gebiet wird vom Zentrum schon angekündigt. Bei weiterem Steuerbedarf will das Zentrum auf die diesmal noch zurückgestellte Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf die Erbschaften von Abkömmlingen und Ehegatten bei großen Vermögen zurückgreifen. Wenn die untere Grenze hoch genug liegt, etwa bei 100 000 Mark, gibt es wohl keine gerechtere und sozial einwandfreiere Steuer. Und auch sonst wird es an Gelegenheiten zur Betätigung fester liberaler Gesinnung nicht fehlen. Programmreden freilich rechnen wir meist nicht dazu. Und auch die Wähler sind unangenehm skeptisch geworden in der Beziehung. Ein echt liberales Votum im Parlament ist eindrucksvoller und dem Wähler lieber als ein Dutzend liberaler Reden. Wenn die hier aufgestellten Grundsätze befolgt werden, so kann die Partei nach tüchtiger Organisations- und Wahlarbeit den nächsten Wahlen mit Zuversicht entgegensehen. Von bloßer Aufklärung aber bei unveränderter praktischer Politik erwarten wir nicht das geringste.

Das ist unsere Ansicht. Ob nun Herr Professor Moldenhauer mit dieser Fortsetzung seines Artikels in allen Punkten einverstanden ist, wissen wir freilich nicht. Wir können es nur hoffen. Aber vielleicht äußert sich Herr Moldenhauer hierüber selbst. Wir halten es jedenfalls für sehr erwünscht, wenn die Partei gezwungen wird, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen, so unbequem sie manchem sein mögen.

## Deutsches Reich.

Leipzig, 2. August.

* **Vom Verein Deutscher Studenten in Leipzig** werden wie um Aufnahme nachstehender Erklärung gebeten:

Bezugnehmend auf den Leitartikel der Leipziger Neuesten Nachrichten vom 31. Juli d. J. „Ein Schrittmacher Bebels" sehen sich die unterzeichneten Vertreter des Vereins Deutscher Studenten zu Leipzig zu folgender Erklärung veranlaßt:

Der V. D. St. verlangt von seinen Mitgliedern nationale und monarchische Gesinnung, hält sich aber nicht für berechtigt, seine Mitglieder nach irgend einer Richtung parteipolitisch festzulegen. So hat er auch mit der Parteirichtung des Herrn Pfarrer D. Naumann nicht das geringste gemein.

Wir halten aber unseren Alten Herrn D. Naumann nach wie vor für einen durchaus national denkenden Mann, wie z. B. sein Eintreten für Heer und Flotte beweist, und rechnen ihn daher immer noch zu den Unseren. Um so mehr bedauern wir es, daß man es gewagt hat, die Ehrlichkeit unseres Alten Herrn gegenüber dem Verein anzuzweifeln.

Jeden Versuch der politischen Presse, unsere Stellung zu einem unserer Alten Herren zu beeinflussen, weisen wir mit Entschiedenheit zurück.

gez. v. der Decken.
Ostwald.
Effers.
Hofstaetter.

*

* **Der Besuch König Eduards.** Unsere gestrige Nachricht wird jetzt amtlich bestätigt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Der Kaiser gedenkt Mitte dieses Monats an der Enthüllung des Landgrafendenkmals in Homburg teilzunehmen und wird in Verbindung hiermit mehrere Tage in Schloß Friedrichshof verweilen. Während dieser Tage wird der König von England zum Besuche dort eintreffen.

* **Das Kaiserpaar.** Aus Swinemünde wird gemeldet: Der Kaiser und die Kaiserin speisten gestern mittag an Bord der „Iduna" und unternahmen nachmittags mit der Jacht eine Segelfahrt.

* **Deutsche Dilettantenpolitik.** In der Generalversammlung des Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Binnenschiffahrtsverbandes, die unlängst in Stettin stattfand, haben die Magyaren ihr Bedürfnis nach Anerkennung ihrer staatsrechtlichen Selbständigkeit mit Erfolg geltend gemacht. In den Satzungen des Verbandes wurden nämlich bisher das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn als zwei Reiche angeführt; um diesem für den magyarischen Größenwahn unerträglichen Zustand ein Ende zu machen, reichte nun der ungarische Ministerialrat Gauda in der Ausschußsitzung des Verbandes einen Antrag ein, der darauf ausging, „die selbständige staatsrechtliche Stellung Ungarns in den Statuten deutlich zum Ausdruck zu bringen und dementsprechend statt Oesterreich-Ungarn Oesterreich und Ungarn und statt des Ausdruckes „Die beiden Reiche" die Bezeichnungen Deutschland, Oesterreich und Ungarn in den Text aufzunehmen". Der Ausschuß und auf seinen Antrag auch die Generalversammlung nahmen den Antrag einhellig an, und damit die Sache sich noch feierlicher gestalte, ließ der Präsident des Verbandes bei dem darauf folgenden Bankett den Kaiser von Oesterreich auch als „apostolischen König von Ungarn" extra leben, worauf die Musikkapelle den ungarischen „Hymnus" spielte, „was besonders", so berichten die Pester Blätter, „seitens der anwesenden Sommitäten begeisterte Demonstrationen auslöste". Die deutschen „Sommitäten" in Stettin scheinen offenbar keine Ahnung davon zu haben, daß sie mit ihrer verschwommenen „Begeisterung" für das unabhängige Magyarien gegen Oesterreich demonstrieren, und daß es vor allem ein selbständiges, von Oesterreich getrenntes Ungarn überhaupt noch nicht gibt. — Es ist doch eine unerhörte Pfuscherei, wenn in Privatverbänden hohe Politik gemacht wird. Die staatsrechtlichen Verhältnisse Oesterreich-Ungarns stellen ein so ungeheuer verwickeltes Problem dar und sind zugleich in so hohem Maße eine Lebensfrage für die uns eng verbundene Monarchie, daß von namhaften Privaten, Einzelpersonen wie Körperschaften, die allerpeinlichste Korrektheit bei allen öffentlichen Veranstaltungen beobachtet werden muß. Zum mindesten haben wir Deutschen doch wahrhaftig kein Interesse, den Magyaren entgegenkommender als die Wiener Regierung zu sein und eine leider Gottes mögliche sehr bedenkliche Weiterentwicklung des heutigen Dualismus zur reinen Personalunion durch markloses nachgiebige Gefälligkeitshascherei gegenüber ausländischen Gästen zu antizipieren.

* **Des Kaisers Informationen über die Journalisten.** Angesichts der Berichte französischer Zeitungen von absprechenden Urteilen des Kaisers über den Journalistenstand gewinnt eine Mitteilung der „Hamb. Nachr." ein erhöhtes Interesse, nach welcher der Kaiser Ausgangs des vorigen Jahrhunderts eine förmliche Enquête veranstaltet habe über die persönlichen Verhältnisse der deutschen Journalisten. Die „Hamb. Nachr." schreiben: „Durch Vermittelung aller möglichen amtlichen Instanzen, durch Offiziere und Privatpersonen ließ der Kaiser sich unauffällig über die Verfasser von Artikeln, die in irgend einer Weise seine Aufmerksamkeit erregt haben, erkundigen. Die Ermittelungen über journalistische Personalien, die in den Jahren 1898 und 1899 stattfanden, erstreckten sich auf allgemeines Wissen, Vergangenheit, Verkehr, Sachverständigkeit im speziellen Fall, den Besitz des als Unterlage für ein Urteil erforderlichen Materials und ähnliche Dinge. Das Ergebnis mußte vielfach befremden und hat die seitherige Stellung des Kaisers zur deutschen Presse zur Folge gehabt. Da waren einflußreiche Journalisten, die in der Tat eine sehr bemerkenswerte „Vergangenheit" hatten, andere, die, hauptsächlich ihrer Privatverhältnisse wegen, mit der Welt, über die sie aburteilten, nicht die leiseste Fühlung unterhielten, große Berliner Redaktionen, die ihre internationale Politik von Ausländern, und wieder solche, die sie von Leuten, die nie die Grenzen des Reiches überschritten hatten, vertrauensvoll erledigen ließen, Redaktionen, die zwar über das Regieren der Beamten vom grünen Tisch aus zeterten, aber niemals einen Versuch machten, ihrerseits anders als vom grünen Tisch aus zu urteilen, Redakteure endlich, die Skandalöse veröffentlichten und zur Sensation machten, ohne die ihnen von untergeordneten Berichterstattern oder unbekannten Privatpersonen zugetragenen angeblichen Tatsachen irgendwie persönlich geprüft zu haben. Es fanden sich Kritiker, die gewohnheitsmäßig jede neue Moderichtung in Kunst und Literatur mit Inbrunst verhimmelten, um sie den Tag darauf der allerneuesten zuliebe wieder zu vergessen und fallen zu lassen. Da saßen in den Redaktionen demokratischer Blätter Leute, die für Geld ihre Vergangenheit und ihre ganz und gar nicht demokratischen Instinkte verleugneten, da fanden sich umgekehrt in den Redaktionen rechtsstehender Blätter Kryptosozialdemokraten in nicht unbeträchtlicher Zahl. Bei dem Mißtrauen, das der Kaiser dem politischen Verständnis der Bureaukratie von jeher entgegenbringt, konnten ihm auch die unbedingten Vertreter jeder amtlichen Dummheit nicht sonderlich imponieren — kurz, der Einblick, den er sich verschaffte, legte Verhältnisse bloß, die für die Presse in der Tat keineswegs empfehlenswert waren! Auf dem Wege behördlicher Verallgemeinerung ist dann wohl das augenscheinlich vorhandene Vorurteil entstanden, daß bei uns Kundgebungen und Mitteilungen der großen Mehrzahl der Zeitungen überhaupt kein Wert beizumessen sei, und daß man sie am besten ganz unbeachtet lasse."

* **Depesche französischer Arbeiter an den Kaiser.** Die Abordnung der Geretteten von Courrières, welche in Herne angekommen ist, um den Rettern von der Hibernia persönlich Dank abzustatten, hat ein Telegramm an den deutschen Kaiser gerichtet:

„Die Geretteten von Courrières Nœux", Prudhoff Vater und Sohn, Berton und Dubois, erlauben sich beim Betreten der deutschen Erde ihre aufrichtige Hochachtung Ew. Majestät dem deutschen Kaiser darzubringen. Wir kommen nach Deutschland, um in eigener Person den teuren Rettern von der Hibernia Herne unsern Dank auszusprechen, auf die Ew. Majestät mit Stolz blicken kann, deren ihr Mut hat unsere Rettung erleichtert. Die ganze Welt hat sie bewundert. Nœux."

* **Ostasiatische Studienfahrt der Reichstags-Abgeordneten.** Der Reichspostdampfer des Norddeutschen Lloyd „Prinz Heinrich" mit den an der Studienreise nach Ostasien teilnehmenden deutschen Reichstagsabgeordneten an Bord ist gestern von Genua abgegangen. Mit dem Dampfer hat auch der Gouverneur von Kiautschau Kontreadmiral Truppel die Reise nach Tsingtau angetreten.

* **Die Reichstagsfahrt auf der Mrogoro-Eisenbahn.** Von dem gemeldeten Ausflug erzählt der „Tag" Näheres: Die Firma Holtzmann veranstaltete Montag (30. Juli) vormittags einen Ausflug auf der Mrogorobahn. Die deutschen Reichstagsabgeordneten, der Herzog von Westminster sowie außerdem etwa 40 Herren waren dazu geladen. Zum ersten Male wurde der Zug vom fertig gestellten Bahnhof abgelassen. An einem grünen Bergeshang wurde in geräumigem Zelt das Frühstück eingenommen. Abgeordneter Justizrat Dietrich wies in längerer Rede auf die Wichtigkeit der Bahnen und Verkehrswege in den Kolonien hin, bedauerte, daß keine deutsche Bahn den Abgeordneten die Besichtigung der deutschen Gebiete am Viktoria Njanza ermögliche, und sprach seine Freude aus über die guten Beziehungen zu unsern englischen Nachbarn, die uns mit der Ugandabahn helfend entgegenkommen. Die Rede endete mit einem Hoch auf alle, welche an dem großen Werke der Erschließung unserer Kolonie mithelfen. Regierungsrat Riese, Chef der Firma Holtzmann, gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Anwesenheit der Abgeordneten dazu beitragen möge, das Tempo der Erschließung der Kolonien durch Eisenbahnen zu beschleunigen. Schließlich ergriff der Herzog von Westminster das Wort und dankte für die Ehre, welche ihm durch die Einladung zuteil geworden sei. Er wünschte der Bahn schnelles und glückliches Gedeihen und fortsetzend bis zum Tanganjika. Um 3 Uhr nachmittags langte die Expedition wieder in Dar-es-Salam an. — „Helfend entgegenkommen" ist übrigens vortrefflich gesagt.

* **Professor Seelig †.** Wie wir schon im Abendblatt gemeldet haben, ist der ehemalige Reichstagsabgeordnete Professor Seelig, der Senior der Universität Kiel, Lehrer der Staats- und Finanzwissenschaften, im Alter von 85 Jahren gestorben. Seit der Einverleibung Schleswig-Holsteins in Preußen stand Seelig in der ersten Reihe der liberalen Politiker. Der überwiegend ländliche Wahlkreis Oldenburg-Plön-Segeberg wählte ihn 1871 mit großer Mehrheit in den Reichstag, und von 1890 bis 1893 vertrat er den Kreis Tondern-Husum-Eiderstedt. Volle 20 Jahre sandte ihn der Wahlkreis Kiel-Neumünster in den preußischen Landtag. Prof. Seelig war Mitglied der Fortschrittspartei, später der deutschfreisinnigen und stand stets in engster Fühlung zu seinem Amtsgenossen Prof. Hänel. Mit Hänel teilte er entschieden liberale Gesinnung und Abneigung gegen verkäuchterte Fraktions-Simpelei, hat auch um die zunehmend engere Verschmelzung der liberalen Kreise in Schleswig-Holstein sich die größten Verdienste erworben. — Seelig war in Cassel geboren und hat seit 1854 bis vor Jahresfrist in Kiel als Professor der Nationalökonomie und der Finanzwissenschaften gewirkt, auch durch die Errichtung der landwirtschaftlichen Lehranstalt in Kiel, die Gründung eines Obstmustergartens und die Schaffung eines nationalökonomischen Seminars die praktische Landwirtschaft gefördert. Die Beseitigung der Erbpacht war im wesentlichen sein und Hänels Werk.

* **Der nationalliberale Kandidat für Stade.** Zu der Kandidatur Senator Reeses im 18. hannoverschen Wahlkreise schreibt das „Stader Tagebl.": „Senator Reese erfreut sich nicht allein in Stade, sondern im ganzen Gebiet der Unterelbe, in Stadt und Land, großer Achtung, Wertschätzung und Beliebtheit. Ein Mann von unabhängiger, nationaler und liberaler Gesinnung, dürfte er der geeignetste Vertreter unseres Wahlkreises im Reichstage sein, und auch die Wähler im Lande werden sicherlich die Aufstellung dieses Kandidaten mit Freude begrüßen. Herr Senator Reese ist stets für eine freiheitliche Entwicklung unseres Vaterlandes eingetreten. Seine entschieden liberale Gesinnung wird es auch den Freisinnigen möglich machen, für ihn einzutreten, und wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Freisinnigen, um eine Zersplitterung und Schwächung des Liberalismus zu vermeiden, von einer Sonderkandidatur Abstand nehmen werden. — Auch das „Berliner Tageblatt" hatte kürzlich im

SLUB
Wir führen Wissen.